



Gesundheit ist ein hohes Gut

Beitrags- und Ausgabensteigerungen in der Pflege ab Januar 2019 - Beitragszahler in der Krankenversicherung werden dabei ausgetrickst (Juni 2018)

Die Bürger/Innen fragen sich berechtigt, wieso soll aus eigener Tasche schon wieder in der Pflege, ob Beiträge für Versicherte, ob Pflegebedürftige zu Hause, durch Preiserhöhungen der ambulanten Betriebe oder in der stationären Pflege in den Heimen mehr bezahlt werden müssen. Dabei ist nicht vorgesehen, dass im Umkehrschluss die gesetzlichen Vergütungen für Pflegebedürftige angehoben werden.

Als rechtliche Grundlage soll die Vereinbarung des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD erhalten. Natürlich kann nicht bestritten werden, dass die Pflege durch Fach- und Hilfskräfte für hilfsbedürftige Menschen wegen der nicht ausreichenden Personalbesetzungen zu kurz kommt. Es ist wahr, die Vergütungen lassen in der Regel gerade für Fachkräfte – wenn es Haustarifverträge oder Hausvereinbarungen sind- zu wünschen übrig.

Die Mehrbesetzungen sollen in allen Pflegeheimen stattfinden. Der neu berufene Gesundheitsminister hat dem nicht widersprochen, wenn aus Sicht der Verbände von mindestens 1,5 Mehrstellen gesprochen wurde. Da sind die von der Regierung anvisierten 8.000 Stellen geradezu ein Witz. Bei 13 tausend diesbezüglichen Einrichtungen in Deutschland würden also fast 20 tausend Stellen benötigt. Die Frage ist, wo kommen die Bewerber in dieser Anzahl her? Ohne längerfristige Initiativen der Ausbildungsförderung vom Staat sind diese Besetzungsvorstellungen naiv zu nennen.

Die Heimbewohner müssen heute schon aus eigener Tasche erhebliche monatliche Eigenfinanzierungen leisten. In Bremen sind es derzeit im Durchschnitt 1.725 Euro monatlich. In Hamburg 1.850 Euro und in Niedersachsen 1.321 Euro. Pflegeheime berechnen in Schleswig-Holstein 1.439 Euro und in NRW 2.252 Euro. In den meisten Fällen finanziert die Sozialhilfe vollständig oder teilweise, denn bisher wurden erwachsene Kinder nach Gewährung hoher Freibeträge an den Kosten beteiligt. Nun wollen die Koalitionsparteien nur dann eine Heranziehung bei der Finanzierung, wenn die Kinder eines Pflegebedürftigen ab 100 tausend Euro jährlich verdienen! Ich nenne so etwas schlicht „Schwachsinn“.

Es stellt sich die Frage, welcher Rentner oder Rentnerin kann sich in den nächsten Jahren die enormen Eigenfinanzierungen in diesen Größenordnungen wirklich leisten. In den Familien ist es ein wichtiges Thema. In aller Regel wird entschieden, dass die hilfsbedürftige Mutter oder Vater von einem Familienangehörigen oder einer Hilfskraft aus Polen bei Inanspruchnahme eines ambulanten Pflegebetriebes betreut wird. Bei Angebote für Einzelleistungen einer professionellen Pflege bei Pflegegrad 3 entstehen schnell Rechnungsbeträge von 700 bis 1.000 Euro monatlich, also Kosten neben der Betreuung im eigenen Haushalt.



Gesundheit ist ein hohes Gut

Wenn man in unserer Gesellschaft von Steigerungen der Pflegebedürftigkeit von jährlich 2 % ausgeht, kann man sich vorstellen, ohne Inanspruchnahme der Finanzhaushalte des Bundes und der Länder wird das Problem „Pflege“ schon bald nicht mehr in unserem Land finanziell lösbar sein. Das wird auf Dauer auch nicht mit den jährlich steigenden Pflegebeiträgen der Arbeitnehmer und Rentner finanzierbar sein. Ab 1.1.2019 steigt der Beitrag sowieso von 2,55 auf 2,75 %. Nun sind erste Begründungen zu hören, man muss nur den Koalitionsvertrag genau lesen. Es soll demnach eine sogenannte solidarische Refinanzierung aus der Gesetzlichen Krankenversicherung erfolgen. Es heißt nichts Anderes als folgendes:

Die im Gesundheitsfonds angesammelten Milliarden aus den Beiträgen der Krankenversicherung von Arbeitnehmern und Rentnern sowie von Arbeitgebern sollen zur Pflegeversicherung umgebucht werden. Ergo haben die Mitglieder der Gesetzlichen Krankenkasse in den zurückliegenden Jahren zu hohe Beiträge bezahlt, die jetzt für notwendige Therapien (Lebensbedrohende Krankheiten) nicht mehr zur Verfügung stehen werden.

Als Mitglied einer Krankenkasse erfährt man nichts. Es ist damit zu rechnen, dass die Vorstände und Selbstverwaltungen nichts gegen derartige politische Entscheidungen einzuwenden haben. Es gibt ein Sprichwort, welches scheinbar im politischen Raum auch in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen immer noch gilt "Gib's Du mir, geb' ich Dir".

Lemwerder, 28.05.2018

Günter Steffen